

Gründung eines Dachverbands für Dialekte in Baden-Württemberg beschlossen

Landtagsgruppe Dialekt als Initiator

Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter von Dialekt- und Mundartvereinen, der Dialektforschung sowie Mundartkünstlerinnen und -künstler haben auf Anregung der Dialektinitiative im Landtag von Baden-Württemberg beschlossen, einen gemeinsamen landesweiten Dachverband zu gründen.

„Die Einigkeit und Entschlossenheit aller Beteiligten schon im ersten Halbjahr 2023 einen Dachverband für Dialekte im Länd-le zu gründen, hat mich sehr gefreut“, kommentiert Dr. Markus Rösler als grüner Landtagsabgeordneter und Hauptinitiator der Idee.

Manuel Hailfinger MdL (CDU) ergänzt: „Wir haben eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich noch vor Ostern in Karlsruhe treffen wird, um die Empfehlungen aus unserem Treffen in eine Satzung für einen gemeinnützigen Verein zu formulieren.“

„Schwerpunkte der Arbeit des neuen Dachverbandes sollen die landesweite Vernetzung aller Vereine, Wissenschaftler, Künstler und interessierter Einzelpersonen bei Dialekt und Mundart sein. Wichtig ist auch das gemeinsam abgestimmte Auftreten mit einer Stimme gegenüber Medien, Politik und Gesellschaft“, so Andreas Kenner MdL (SPD).

„Wichtig war allen Beteiligten die gleichberechtigte Vertretung der unterschiedlichen Dialekte im Land, vom Rheinfränkischen in der Kurpfalz bis zum Allgäu und vom Alemannischen in Südbaden über alle Schwäbischen Dialekte bis zum Fränkischen an der Grenze zu Bayern“, betont Jochen Haußmann MdL (FDP/DVP).

Nach Angaben der vier Abgeordneten stehen dem landesweiten Dachverband ab Gründung jährlich und dauerhaft 78.000 Euro Zuschuss durch das Land Baden-Württemberg zur Verfügung.

Darüber hinaus stellt das Land ab 2024 50.000 Euro für Mundartpreise zur Verfügung. „Dies war eine Initiative aus unserem Kreis von über 50 Landtagsabgeordneten, mit dem wir über soziale Medien sowohl jüngere Künstlerinnen und Künstler als auch junge Menschen im Allgemeinen erreichen wollen“, so Rösler, der sich auch in seiner Funktion als finanzpolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion für die Berücksichtigung in der Haushaltsplanung des Landes dafür eingesetzt hatte.